

**volksfreund**

Region of **BITBURG & PRÜM**

Kreisverwaltung hatte Ärger mit früheren Ingenieuren

## Gesucht: Neue Planer fürs Millionen-Projekt

3. September 2019 um 14:36 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Steht vor der Sanierung: die Kreisverwaltung in Bitburg. Foto: TV/Christian Altmayer

**Bitburg. Weil die Verwaltung ein Ingenieurbüro nicht mehr beauftragen will, verzögert sich die Sanierung des Kreishauses um mindestens ein Jahr. Ob auch die Kosten für die Bauarbeiten steigen werden, ist noch unklar.**

Von Christian Altmayer

Es steht einiges an im Bitburger Kreishaus. Fast neun Millionen Euro wird die Sanierung des Verwaltungsgebäudes nach aktueller Schätzung kosten. Die Bauzeit: über zwei Jahre. Beginnen sollten erste Arbeiten in den nächsten Monaten. Doch daraus, das ist seit der jüngsten Kreistagssitzung klar, wird nichts.

Der Grund: Die Verwaltung hat das Millionenprojekt erneut ausgeschrieben. Ein Ingenieurbüro, das den Zuschlag bekommen sollte, wurde doch nicht beauftragt. Stattdessen läuft nun ein europaweites Verfahren. Und dabei sind laut Verwaltung „Fristen zu beachten“, die das Ganze in die Länge ziehen. „Wir rechnen mit einer Bauzeitverzögerung von einem Jahr“, schreibt ein Kreis-Sprecher auf TV-Anfrage: „Schließlich muss sich das neue Büro in die bisherigen Vorgänge und Aufgabenstellungen einfinden.“

## INFO

### Europaweite Ausschreibungen

Die öffentliche Hand muss Aufträge ab einem bestimmten Schwellenwert europaweit ausschreiben. Die Idee dahinter: Unternehmen, egal ob in Deutschland, Luxemburg oder Italien, sollen gleichen Zugang zu öffentlichen Projekten in der EU bekommen. Die Vorteile sind, dass dadurch mehr Firmen überhaupt erst von einem Auftrag erfahren. Außerdem soll dadurch die Zahl der Bewerber erhöht werden, ebenso wie der Druck auf den Wettbewerb.

Kommunen und Betriebe beklagen aber auch Nachteile europaweiter Verfahren. So seien die Fristen länger als bei anderen Ausschreibungen, der bürokratische Aufwand weit höher. Im Umkehrschluss würden sich dann aber doch meist nur Firmen aus der Region bewerben.

Abgesegnet hat der Kreistag dieses zeitaufwändige Prozedere im nicht-öffentlichen Teil einer Sitzung. Aber warum eigentlich? Im Landratsamt hält man sich über die Gründe bedeckt: Es handle sich um „vertragliche Angelegenheiten“ und somit um „schutzwürdige Interessen des Auftragnehmers“. Also hören wir uns ein bisschen um.

Was wir in Erfahrung bringen konnten: Offenbar liegt der Grund für die neuerliche Ausschreibung keine zehn Minuten Fußweg vom Kreishaus entfernt. Dort, in der Denkmalstraße, läuft seit einigen Jahren ein weiteres Großprojekt des Kreises: der Neubau der Turnhalle des Sankt-Willibrord-Gymnasiums.

Und bei diesem Bau war von Beginn an der Wurm drin. Ursprünglich sollte die Sporthalle 2018 eröffnen. Weil das Gebäude nicht fertig werden wollte, wurde die Inbetriebnahme aber bereits zweimal verschoben. Derzeit kann die Halle noch immer nicht vollumfänglich genutzt werden, weil es nach wie vor Brandschutzmängel gibt.

Was das alles mit dem Kreishaus zu tun hat? Am Willibrord-Gymnasium war offenbar dasselbe Ingenieurbüro beteiligt, das auch im Verwaltungsgebäude tätig werden sollte. Und mit dem war man bei der Verwaltung wohl „äußerst unzufrieden“, wie es von einer TV-Quelle heißt, die nicht namentlich in Erscheinung treten will.

So unzufrieden offenbar, dass Kommune und Volksvertreter ein anspruchsvolles europaweites Verfahren in Kauf nehmen, um sich vom Büro trennen zu können. Und damit auch eine Verzögerung und womöglich sogar eine Verteuerung der Sanierung. Denn die Baupreise sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Ob die Kosten sich tatsächlich erhöhen werden, sei, so ein Verwaltungssprecher aber „derzeit nicht abschätzbar“.

Etwas finanziellen Spielraum habe der Kreis jedenfalls durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes bekommen, heißt es von der Behörde. Denn das Justizorgan hat die bisherigen Höchst- und Mindestsätze der Honorarordnung für Architekten- und Ingenieurleistungen gekippt. Das heißt: Die Kreisverwaltung muss die Büros nicht mehr nach dem vorherigen Mindestwert bezahlen. Die Planungskosten könnten sich dadurch reduzieren.

Auch die Verzögerung der Bauarbeiten wird nicht so dramatisch sein, wie man meinen könnte. Um weniger Zeit zu verlieren, plant die Verwaltung nämlich, Gewerke vorzuziehen.

So soll Ende des Jahres bereits mit der Entkernung des dritten Obergeschosses im Altbau begonnen werden, ebenso mit der Sanierung des Empfangsbereiches. Danach sind laut Plan die Außenfassaden und die restliche Entkernung des Altbaus an der Reihe. 2021 stehen dann Brandschutz und IT-Anlage an. Auch die Heizung und die Notstromversorgung sowie die KFZ-Zulassungsstelle müssen erneuert werden.

Fördermittel in Höhe von drei Millionen Euro fließen aus dem Investitionsstock des Landes – auch in die vorgezogenen Arbeiten. Diesen Topf überhaupt anzuzapfen, war im Kreistag allerdings umstritten. Man befürchte, dass nicht genügend Geld für andere Projekte übrigbleibe. Nach Ansicht der Verwaltung gab es aber keine andere Möglichkeit, die Arbeiten zu finanzieren.

Einen Bauantrag hat die Behörde eingereicht. Mit einer Baugenehmigung „wird in naher Zukunft gerechnet“. Das neue Planungsbüro soll noch 2019 beauftragt werden.